

Einladung zur 42. WR-Bildungswerkstatt:

Was ist heute links?

1. Teil:

Wann: **Freitag, 15. März 2024, 19.15 – 21.30 Uhr**
Wo: Dachstock, Kultur-Historisches Museum Grenchen
Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

2. Teil:

Wann: **Samstag, 23. März 2024, 9.30 – 13.00 Uhr**
Wo: Dachstock, Kultur-Historisches Museum Grenchen
Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

Thema der 42. WR-Bildungswerkstätte

Die Degenerationserscheinungen der Demokratie oder die «Demokratie-Dämmerung»:

Wie lässt sich die Demokratie regenerieren, wie sieht unser Projekt «Demokratisierung der Demokratie» aus ?

Liebe Genossinnen und Genossen,

An den beiden kommenden WRBW widmen wir uns einer ganz grossen Frage; neben der «Kriegsfrage» und dem Klimawandel, möglicherweise die grösste unserer Zeit:

Der «Dämmerung der Demokratie» und wie wir sie aufhalten können.

Helfen werden uns dabei zwei neue grosse Bücher zum Thema. Eines aus den USA, das andere aus Darmstadt/D:

- Zerfallserscheinungen der Demokratie von Calhoun, Gaonkar und Charles Taylor (2024, stw)
- Demokratiedämmerung von Veith Selk (2023, stw)

c/o SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn
www.wrb-so.ch

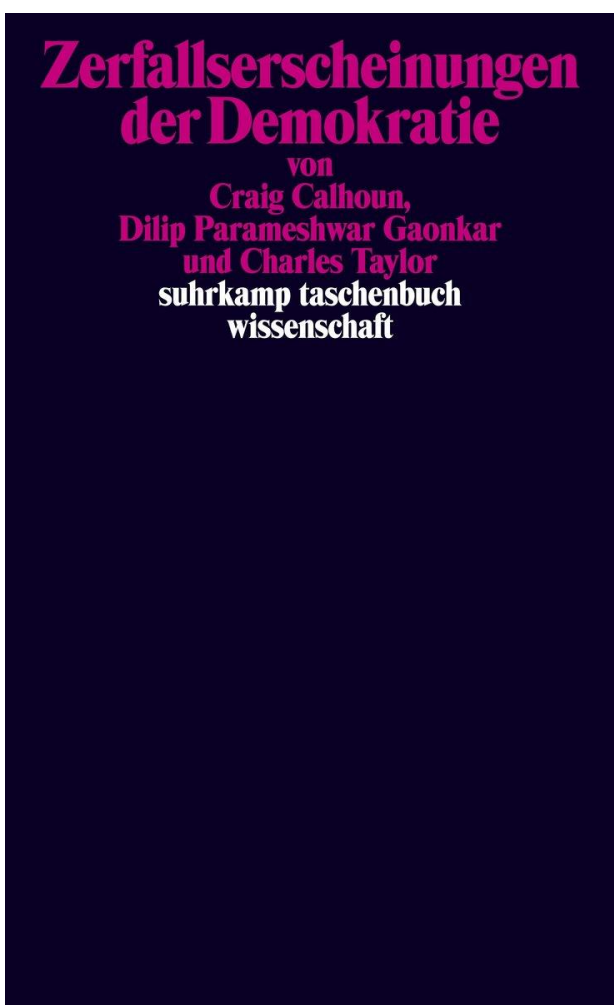


Zur Einstimmung die beiliegenden Texte von Daniel Binswanger und mir.

Ich freue mich auf unser Wiedersehen und bin sicher, dass wir eine fruchtbare und Spannende Diskussion vor uns haben.

Mit herzlichen Grüssen

Andi gross



Die „Rentenrevolution“ hat uns die Augen geöffnet

Die Direkte Demokratie funktioniert wie ein Fernglas: Wer durch einen Feldstecher blickt, kann mehr und weiter sehen, die Wirklichkeit schärfer erkennen und erblickt plötzlich auch Dinge, die Ihm ohne Fernglas verborgen geblieben waren. So hat die Volksabstimmung vom vergangenen Sonntag die prekären Lebensverhältnisse vieler Schweizerinnen und Schweizer enthüllt, deren pekuniäre Schwierigkeiten den meisten Landsleuten nicht bewusst gewesen waren. Wenn die ärmste Gemeinde unseres Kantons (Les Enfers) und wenn der ärmste Kanton (Jura) der Eidgenossenschaft einer moderaten Rentenerhöhung mit über 90, beziehungsweise 80 Prozent aller Stimmenden zustimmen, und diese Stimmenden fast zwei Drittel aller Stimmberechtigten umfassten, dann sagt und zeigt uns dies sehr viel. Wenn zwei Drittel all jener Schweizerinnen und Schweizer, die in einem Haushalt leben, der mit weniger als 7000 Franken pro Monat auskommen muss, einer Volksinitiative der Gewerkschaften zustimmen, dann illustriert uns dies das Ausmass der Existenzprobleme vieler Landsleute, die uns von den „Medien dieses reichen Landes“ nie näher gebracht werden. Wenn konservative Regionen, welche progressive Volksinitiativen bisher gefürchtet haben wie der Teufel das Weihwasser, sozialen Vorschlägen plötzlich mehrheitlich sogar zustimmen, dann muss tatsächlich etwas passiert sein im Land. Etwas, was uns allen bisher verborgen geblieben war: Es geht heute auch bei uns nicht einfach allen gut.

Der vergangene Sonntag enthüllte aber auch Potenziale der Direkten Demokratie, die sie nicht an jedem Abstimmungswochenende zu realisieren vermag. Doch am vergangenen Sonntag trug sie ganz wesentlich dazu bei, dass sich viele Schweizerinnen und Schweizer wieder mehr als Gemeinschaft erfahren konnten, als Ort des Miteinanders und nicht des kalten Gegeneinanders. Nicht nur konnten wir alle an einer „Rentenrevolution“ (So titelte die grosse Süddeutsche Zeitung aus München ihren Bericht über die schweizerische Volksabstimmung) direkt teilhaben und so Teil werden am Gelingen von „etwas Grosse“ (So antizipierte Redaktor Binswanger seine Vorschau auf die Abstimmung). Durch diesen Mut für mehr Solidarität konnten wir gemeinsam viele wieder in unsere Gemeinschaft rein holen, die sich ihrem geringen Einkommen und der damit verbundenen Probleme wegen ausgeschlossen, unverstanden und übersehen fühlten. Damit gelang der schweizerischen Demokratie eine

Integrationsleistung, die allen Redensarten über „alte“ (Stadt/Land, welsch/deutsch) und „neue“ (jung/alt) widerspricht. Wenn sich die Stimmenden solidarischen Fortschritten gegenüber mehrheitlich öffnen, dann kann die Direkte Demokratie gemeinschaftsfestigend wirken und ganz wesentlich zum „konföderalen Zusammenhalt“ beitragen.

Schliesslich ist die Direkte Demokratie aber auch ein Lernlabor. Volksabstimmungen liefern immer wieder „Denkzettel“ – Zitat aus der NZZ vom vergangenen Dienstag . So muss den bürgerlichen Parteien SVP, FDP, Mitte und GLP zu denken geben, wenn die Hälfte ihrer Wählerbasis einer Vorlage „der anderen Seite“ zustimmt. Schon der nächste Abstimmungstermin kann uns zeigen, ob diese Parteien bereit sind, den Lernanstoss des letzten Abstimmungssonntags aufzunehmen. Kommen doch anfangs Juni zwei Volksinitiativen der Linken und der Mitte zur Abstimmung, welche vielen weniger privilegierten Familien die Last erleichtern wollen, welche die überaus hohen Krankenkassenprämien jeden Monat fürs Familienbudget bedeuten. Merken diese bürgerlichen Parteien, dass sie diese Erleichterung nicht wieder verhindern wollen , sondern neu sogar unterstützen sollten ? Oder braucht es dafür noch weitere „coup de tonnerre dans ce pays liberal“ wie der Korrespondent des Pariser Le Monde das Abstimmungsergebnis vom vergangenen Sonntag bezeichnet hat ? Wie auch immer; eines sollte uns bewusst sein: Damit wir anfangs Juni wiederum mehr sehen und weiter integrieren können , müssen wir selber auch wieder hingehen, an der Abstimmung teilnehmen und unserem Stimmzettel zur Macht verhelfen, wie am vergangenen Sonntag 57,4% aller Romands, 58% aller Schweizer, 58,6 % aller Deutschweizer und 61,1% aller Jurassier !

Mos Dem 309/17.2.24

Welche Form der Demokratie wünscht sich die neue deutsche Demokratiebewegung ?

Vor zwei Wochen zogen wir hier an dieser Stelle den Hut vor den damals schon zwei Millionen Deutschen, die in der zweiten Januarhälfte für die Demokratie und gegen den Rechtsextremismus auf die Strassen von 400 deutschen Gemeinden gegangen waren (Mosaique de la Democratie dans le Qu Ju du 3 fevrier). Wir freuten uns darüber, dass sie die rechtsextreme Partei „AfD“ („Alternative für Deutschland“) zwar nicht ausmanövriert, aber in den Worten des Berliner Soziologen Mau bereits „ausmanifestiert“ hatten. Doch wir fragten mit leiser Skepsis, wie lange sie wohl auf den Strassen durchhalten würden, wie und in welcher Art sie soweit wirken können, so dass sie später nicht einmal mit ebenso leiser Enttäuschung auf ihre Demokratie-Revolte vom Winter 2024 zurückschauen müssen.

Doch schon am Tag, als jener Mosaikstein erschienen ist im QuJu, gingen schon wieder mehr als eineinhalb Million Menschen in mehr als 150 kleineren und grösseren deutschen Städten für die Demokratie auf die Strassen. Und am Montag danach wieder, vor allem in Leipzig und anderen ostdeutschen Städten, wo Montags-Demonstrationen seit der friedlichen deutschen Revolution vom Herbst 1989 eine besonderen Klang geniessen. Ebenso am Dienstagabend und auch am Mittwoch wieder. Und am vergangenen Samstag/Sonntag waren es schon wieder mehr als eine Million Menschen, welche die Werte der Demokratie verteidigen und sich der AfD verweigern wollten. Für die Zeithistoriker Deutschlands steht heute schon fest, dass die deutsche Demokratiebewegung, die „Massenproteste“, des Winters 2024 die „grösste gesellschaftliche Protestaktion“ in der 75 jährigen Geschichte der Bundesrepublik darstellen.

„Deutschland ist endlich aufgewacht“ titelte die New York Times. Auch Zeithistoriker und Protestforscher wie Philipp Gassert aus Mannheim staunen: „Das ist schon eine ungewöhnliche Bewegung in der deutschen Protestgeschichte seit 1945. Normalerweise richten sich Proteste gegen etwas, gegen den Krieg, gegen AKW's, gegen die Umweltbelastung, gegen den Klimawandel; doch dieser Protest tritt ausdrücklich für Demokratie, für den Rechtsstaat, für Menschenrechte ein. Es ist ein Moment der

republikanischen Selbstvergewisserung.“ In ihrem Leitartikel schrieb die Hamburger Wochenzeitung Die Zeit von „der eindrucksvollsten und wirksamsten demokratischen Selbstermächtigung, die das Land seit vielen Jahren gesehen hat.“ In den Augen des Politologen Claus Leggewie kämpfen die Demokratinnen und Demokraten auch um eine „Belebung der (deutschen)Demokratie“. Der Leiter der Inlandredaktion der noblen, in ihrem liberalkonservativen Selbstverständnis mit der NZZ vergleichbaren Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) spricht von zivilgesellschaftlichem „Empowerment“, der (Selbst-)Ermächtigung von „Staat und Gemeinschaft“.

Zu den vom FAZ-Chef genannten „ungestillten Bedürfnissen“, welche die Millionen von Deutschen auf die Strassen trieben, zählt die Zeithistorikerin Christina Morina der Universität Bielefeld auch den „alten“, in Ost- und Westdeutschland seit vielen Jahren von vielen Deutschen geäusserten „Wunsch, direkt mitzuwirken und gehört zu werden und von ‚denen da oben‘ nicht beherrscht zu werden“(Spiegel vom 10.Februar). Bürgerbeteiligung also in Form der Volksrechte der Direkten Demokratie. Das würde die deutsche Demokratie tatsächlich „beleben“. Und die momentane „Selbstermächtigung“ vieler Bürgerinnen und Bürger institutionalisieren, verstetigen. Doch so weit ist die neue deutsche Demokratiebewegung noch nicht. Darauf muss sie sich erst noch verständigen und finden; wohl nicht nur auf, sondern auch neben den Strassen, in vielen Gesprächen und Diskussionen.

Felix Heidenreich ist 1973 in Freiburg im Breisgau geboren worden und dort aufgewachsen. Er hat in Paris, Berlin und Heidelberg Geschichte, Philosophie und Politische Wissenschaften studiert. Er lehrte politische Theorie in Paris und Nancy, forscht derzeit in Paris, lehrt in Stuttgart und ist seit 2005 wissenschaftlicher Koordinator der Uni Stuttgart.

„ Es gibt gute Gründe, nach den Zukunftsversprechen der Demokratie zu fragen. (...) Die Zukunft der Demokratie hängt von der Qualität der Zukunftsvisionen der Demokratie ab. (...) Die Demokratie hat immer davon gelebt, positive Zukünfte zu artikulieren. Es gab und gibt keine Demokratie ohne solche Versprechen. (...) Wird das Versprechen der jeweiligen Demokratie wenig plausibel, wird irgendwann auch die Demokratie

insgesamt unplausibel. (...) Wie lässt sich demokratisch dafür sorgen, dass der Mangel an Zukunft ein Ende nimmt ?

(...) Die Zumutung, die darin besteht, eine diffuse avenir in eine plausible und zugleich wünschenswerte futur zu transformieren, kann den Bürgerinnen und Bürgern nicht erspart werden.“

Auszüge aus dem neuesten kleinen Buch von Felix Heidenreich „Die Zukunft der Demokratie; wie Hoffnung politisch wird“ (Reclam Universal Bibliothek, Ditzingen(D), 2023, 88p.)

AG Mos Dem 308/10.2.24

Jetzt denkt man auch an der Spitze Frankreichs über die Revitalisierung der Demokratie nach

Endlich ist die Diskussion über die Krise der Demokratie an der Spitze Frankreichs angekommen. Vor zehn Tagen fand sie sogar mitten im Herzen der französischen Macht statt: Im prachtvollen Nachbarsgebäude des präsidentiellen Elysée-Palastes an der vornehmen rue de Faubourg St.Honoré. Eingeladen von der «Fondation Prospective Innovation» versammelte sich um den früheren Premier Minister Jean-Pierre Raffarin ein illustrier Kreis ehemaliger Minister, Chefbeamter, Professoren und Journalisten, um über den Zustand der Demokratie nachzudenken. Vor allem sollte in einer Tour um die Welt von den USA über Japan, Süd-Korea, Lateinamerika bis nach Afrika und Europa Anregungen zusammen-getragen werden, die sich Frankreich zur Revitalisierung der eigenen Demokratie zu eigen machen könnte.

Der einzige Schweizer in der Runde verzichtete auf die Unmöglichkeit, die Franzosen von einer Ihnen fremden oder ganz neuen Idee überzeugen zu können. Stattdessen präsentierte er die moderne Schweiz seit 1891 als Enkel der wirklich demokratischen Anfänge der französischen Republik, der Zeit von 1792 bis 1794, als die Volkssouveränität so ernst genommen wurde wie seither nie mehr in Frankreich. Er schlug den französischen Spitzen vor, über die Schweiz den Weg zurück zu den eigenen Wurzeln zu finden, als die Macht mit den Bürgern viel besser geteilt und die Demokratie nicht auf das Wahlrecht reduziert worden war. Die versammelten Bürger konnten vielmehr parlamentarischen Gesetzen opponieren, beziehungsweise eigene Projekte zur Diskussion vorschlagen. Die Volkssouveränität wurde nicht nur deklamiert, sondern täglich auch praktiziert. Schon im Herbst 1789 konkretisierte Maximilien Robespierre in Anlehnung an seinen Lieblingsphilosophen Jean-Jacques Rousseau in der Assemblée Constituante die Souveränität des Volkes mit dem Satz: « La souveraineté réside dans tous les individus du peuple». Im Frühjahr 1793 präziserte Robespierre im Hinblick auf die erste direktdemokratische Verfassung der Welt: «Le peuple est souverain signifie que le gouvernement est son ouvrage et sa propriété, les fonctionnaires publics sont ses commis.»

Diese Verfassung, die dem souveränen Volk die Mitwirkung an der Gesetzgebung ermöglicht, wurde am 24. Juni 1793 beschlossen. Die Bilanz des Historikers Yannick Bosc: «Le principe de représentation politique, tel qu'il est mis en œuvre dans ce moment démocratique de la Révolution française, ne dépossède pas le peuple souverain du pouvoir législatif: il contrôle ses élus et les propositions de loi sont soumises à son approbation.» Auch die Exekutivgewalt wurde im Winter 1793/94 dezentralisiert und die Gestaltungsfreiheiten der Dorfgemeinschaften ganz wesentlich vermehrt. Was den ersten Professor für die Geschichte der Französischen Revolution an der Pariser Uni Sorbonne, Alphonse Aulard, schon 1901 zum Fazit veranlasste: «Mittels der Kommunen lebte in Frankreich die revolutionäre Regierung und so wurde die Idee einer demokratischen Republik populär».

Damit war es freilich Ende 1794 zu Ende. Das konterrevolutionäre Besitzbürgertum konfiszierte die Volkssouveränität. Souverän war nur noch, wer ausreichend verdiente und Steuern bezahlte. Das Zensuswahlrecht wurde wieder eingeführt. Statt das Volk regierten nur noch die Eigentümer. Bis am 9. November 1799, als Napoleon auch dies zu viel wurde und er mit einem Staatsstreich die Diktatur eines einzigen Mannes durchsetzte, erst als Konsul, bald als Kaiser.

Wer heute in Frankreich die Demokratie «revitalisieren» (Raffarin) möchte, muss diese Konfiskation der Macht durch die Obrigkeit wieder rückgängig machen und die alltägliche und vielfältige Souveränität aller Bürgerinnen und Bürger wieder herstellen. Eine solche Befreiung der Menschen ist möglich und entspräche wohl dem heutigen Wunsch der meisten Französischen und Franzosen.

#####

Serge Aberdam ist 1949 in der Pariser Banlieu geboren worden und in Paris zur Schule gegangen; 1972 hat er an der Uni Nanterre sein Geschichtsstudium abgeschlossen und arbeitet seither als Historiker und Ingenieur de recherche à l'Institut nationale de la recherche agronomique; er war zudem Generalsekretär der Société des Etudes Robespierriennes und schreibt bis heute regelmässig historische Beiträge auf deren Webseite.

« Les députés à la Convention avaient décidé en septembre 1792 que la France serait désormais une République. (...) Après l'exécution du roi il était

clair, que le peuple était désormais le seul souverain admis. Au printemps 1793 un vaste débat a lieu pour définir la forme qu'aura le nouvel État républicain.(...) Si la majorité veut construire un régime purement représentatif, ou les représentant auront toute la responsabilité du pouvoir, les minoritaires cherchent au contraire à inclure dans la Constitution des pouvoirs exercés directement par le peuple.(...) Une forme de recours à ce que nous appelons démocratie directe apparaît donc sous le terme d'époque de vote populaire, un vote qui est décisive et direct.(...) Le futur régime devra combiner la représentation avec la possibilité pour les citoyens de trancher directement les choix majeurs.(...) »

Extraits de l'article « Les sources révolutionnaires du Référendum d'initiative citoyenne »
de Serge Aberdam , publié sur la Site de la SER (Société des Études Robespierriéristes) en Decembre 2018.

307. Kolumne zum „Mosaik der Demokratie“ von Andreas Gross im „Quotidien Jurassien“ (Tageszeitung des Kantons Jura) vom 3.2.24

Aufstand der deutschen Demokraten gegen den Rechtsextremismus

„Ich höre ein Ungeheuer atmen; ich höre, wie der Atem der Demokratie schwächer wird. Ich bin froh, dass sie alle hier sind und der Demokratie neues Leben einblasen wollen. Ich hoffe, es ist nicht zu spät.“

Diese Winter Polit-Poesie stammt von der österreichischen Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek. Adressiert war sie an die Millionen von deutschen Frauen, Männern und Kinder, die seit Mitte Januar in fast 500 deutschen Städten jeglicher Grösse immer wieder für die Demokratie und gegen den deutschen Rechtsextremismus auf die Strasse gegangen sind. Ausgelöst hatte Elfriede Jelinek damit dann die Mobilisierung der eigenen Landsleute. 80'000 waren es , die am vergangenen Wochenende die berühmte Wiener Ringstrasse vor dem österreichischen Parlament füllten und gegen den Führer der derzeit stärksten österreichischen Partei FPÖ demonstrierten, die sie als ebenso rechtsextrem empfinden wie die deutschen Demokraten die „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Auslöser der grössten Demonstrationen in der 75 jährigen Geschichte der deutschen Bundesrepublik waren Enthüllungen über eine geheime Versammlung einiger gut betuchten Rechtsxtremer und AfDler in einer alten Villa in Potsdam. Diese hatten sich über einen „Masterplan zur Vertreibung“ missliebiger Landsleute verständigt, den sie nach einer Machtübernahme der AfD realisieren wollen. Abschieben wollen diese Rechtsextremen nicht nur Flüchtlinge, Asylbewerber und Ausländer sondern auch deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund, die sich nicht „assimilieren“ wollen. Diesen soll dann auch die deutsche Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden.

Neu sind diese Pläne zur „Remigration“ von Hunderttausenden von Menschen aus Deutschland nicht. Der führende Thüringer AfD-Mann Bernd Höcke, der sich gemäss Gerichtsbeschluss rechtmässig als „Faschist“ bezeichnen lassen muss, hatte schon vor fünf Jahren in einem Buch von der

„Notwendigkeit eines gross angelegten Remigrations-Projektes“ geschrieben, bei dessen Umsetzung „man auch nicht um eine Politik der wohltemperierten Grausamkeit herumkomme.“

Dennoch war die Veröffentlichung dieser grausamen und verfassungswidrigen Absichten mitte Januar für Millionen von Deutschen ein Schock. Viele Kolleginnen, Nachbarn und Bekannte zeigten sich extrem verunsichert. Sie fürchteten sich um ihr Bleiberecht. Das trieb die Mehrheit der deutschen Demokraten auf die Strassen zum Auf- und Widerstand. Jung und alt, grün, christlich, sozial, Gewerkschafter, ländlich, städtisch, klein – oder grossstädtisch, Unternehmer, Angestellte, Intellektuelle, Sportler, Künstler, Feministinnen alle vereinigte eine gemeinsame Erkenntnis und Motivation: „Das kennen wir doch“, „Das erinnert uns an 1933“ und „Das darf nicht wieder passieren“.

Diese Enthüllungen über diese undemokratischen und menschenfeindlichen Pläne wirkten wie der berühmte Tropfen, der das Fass voller rechtsextremistischer Absichten und Gewissheiten zum Überlaufen brachte. Für Millionen von deutschen Demokraten war die Grenze des Erträglichen erreicht. Sie machten ihrem Entsetzen auf der Strasse Luft und gaben dem Widerstand gegen die AfDisierung Deutschlands ein unerwartet starkes und eindrückliches Gesicht. Sie zeigten ein demokratisches Deutschland, dessen Existenz vielen Deutschen in Vergessenheit geraten zu sein schien. Damit vermochten sie die AfD, welche in den drei Bundesländern, in denen in diesem Herbst Landtagswahlen anstehen, die Umfragewerte anführt, nicht auszumanövrieren. Doch sie haben sie mit den Worten des Soziologen Steffen Mau „ausmobilisiert“. Mau: „Das Wachstum dieser Partei ist nicht unendlich. Dreiviertel der Bevölkerung steht fest auf der Seite der Demokratie und hat dies in den vergangenen zwei Wochen überraschend deutlich gemacht.“

Steffen Mau ist 1968 in Rostock geboren worden und dort aufgewachsen. Erst machte er in einem Schiffsbauwerk eine Lehre als Elektroniker. Von 1991 bis 1997 studierte er Soziologie und Politikwissenschaften an der Freien Universität von Berlin, 2002 promovierte er als erster Ostdeutscher am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. 2005 wurde er Professor für politische Soziologie an der Universität Bremen, seit 2015 ist Mau Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität in Berlin.

„Die mehr als eine Million Menschen auf den Strassen von mehr als 100 deutschen Städten bedeuten eine überraschende Wendung. Sie bilden eine starke Gegenbewegung gegen die scheinbar unaufhaltsam durchs Land rollende rechtspopulistische AfD. Die Gesellschaft hat entdeckt, dass es grosse Gefahren und eine Art Korrosion der demokratischen Grundlagen des Zusammenlebens gibt. (...) Da sagte die Gesellschaft, wir müssen aktiv werden, wir müssen sichtbar werden und zeigen, dass eine laute Minderheit, die behauptet, die schweigende Mehrheit zu repräsentieren, falschliegt. Die grosse Mitte und Mehrheit der Gesellschaft zeigt, dass sie die Infragestellung der Grundfesten unseres demokratischen Miteinanders nicht hinnehmen will. (...) Diesen massiven Protest, der von unten kommt, durch relativ normale Bürger, die deutlich machen, dass sie sich für die Demokratie engagieren, kann ich nur positiv sehen.“

Aus einem Interview von Steffen Mau in der Berliner Zeitung vom 25. Januar 2024 unter dem Titel „Die AfD ist im Prinzip ausmobiliert“.